

Gegen die Macht der Banken und Konzerne

**Für die Interessen der großen Mehrheit
der Menschen in diesem Land**

DKP wählen und aktiv werden!



**Kernaussagen der DKP zu
den Bundestagswahlen 2021**

DKP
Deutsche Kommunistische Partei

Kernaussagen der DKP zu den Bundestagswahlen 2021

**Gegen die Macht der Banken und Konzerne –
Für die Interessen der großen Mehrheit der
Menschen in diesem Land**

**Gegen das Abwälzen der Krisenlasten auf die
Werk tätigen – Die Reichen sollen zahlen**

**Gegen Krieg und Hochrüstung –
Für Frieden mit China und Russland!**

**Gegen den Abbau sozialer und demokratischer
Rechte – Für Klassensolidarität!**

Für den Sozialismus!

**DKP wählen – Aktiv werden –
Für unsere Rechte kämpfen!**



**Gegen die Macht der
Banken und Konzerne**

**Für die Interessen der
großen Mehrheit
der Menschen in
diesem Land**

Das Wahljahr 2021 steht im Zeichen einer der heftigsten Krisen der letzten Jahrzehnte. Die Corona-Pandemie hat diese Krise verstärkt und zugleich die Widersprüche im Kapitalismus für viele offensichtlich gemacht. Bei der Pandemie-Bekämpfung ging es nicht um die Gesundheit der Menschen, sondern um das Aufrechterhalten der Produktion und die Sicherung der Interessen des Monopolkapitals, der Banken und Konzerne. Die Pandemie wird zu massiven Angriffen auf die sozialen und demokratischen Rechte der Menschen genutzt. Die Krisenlasten wer-

den auf die Arbeiterklasse abgewälzt, während Konzerne und Banken Milliardeneschenke erhalten.

Zeitgleich erleben wir eine Verschiebung der weltweiten Kräfteverhältnisse. Die USA kämpfen gegen ihren Niedergang und rüsten mit ihrem westlichen Militärbündnis NATO immer aggressiver gegen die Russische Föderation und die Volksrepublik China. Deutschland marschiert hinsichtlich des Gegners im Gleichschritt mit der NATO. Gleichzeitig will es an der Spitze und mit der EU zur eigenständigen Macht werden und rüstet dreifach auf: Es zahlt in die Kriegskassen von NATO und EU und arbeitet an der eigenen Kriegsführungsfähigkeit.

Die Kriegsgefahr ist durch die einseitige Aggression der imperialistischen Staaten gegen Russland und die VR China enorm gewachsen. Europa kann zum Zentrum eines atomaren Schlachtfeldes werden.



Gleichzeitig erleben wir die Wucht einer ökologischen Krise, die sich vordergründig in der menschengemachten Erderwärmung ausdrückt. Sie stellt die Lebensgrundlage der Menschen in Frage, wird verursacht durch Profitgier und kapitalistische Produktionsweise und verschärft sich angesichts der Ressourcenverschwendung immer weiter. Die Maßnahmen der Bundesregierung, allen voran die CO₂-Steuer, werden die Umweltkatastrophe nicht aufhalten und nicht zum Einhalten der Ziele des Pariser Abkommens führen. Stattdessen dienen sie der Umverteilung von unten nach oben. Die Arbeiterklasse soll zahlen. Ein richtiges Instrument wäre hingegen die Streichung der massiven Subventionen im Bereich der fossilen Industrie und damit die Beschneidung der Profite der Konzerne.

Im Kapitalismus sind nicht die Menschen relevant, sondern der Profit, dem alles untergeordnet wird. Eine

kleine Minderheit steht gegen die Interessen der Mehrheit. Dieses System ist überlebt. Es bedroht Mensch und Natur. Die über 100 Jahre alte Aussage von Friedrich Engels, dass „die bürgerliche Gesellschaft vor einem Dilemma (steht): entweder Übergang zum Sozialismus oder Rückfall in die Barbarei“ ist heute so offensichtlich wie noch nie.

**Gegen das Abwälzen
der Krisenlasten auf
die Werktätigen –
Die Reichen
sollen zahlen**

In dieser tiefen Krise wird von der Politik alles getan, um die Interessen des Monopolkapitals zu schützen und seine Macht zu bewahren. Deutsche Banken und Konzerne wollen gestärkt aus der Krise gehen. Es werden mas-

senhaft Arbeitsplätze vernichtet, allein in der Metall- und Elektrobranche geht es um 250.000. Millionen Menschen werden zu Hartz-IV-Empfängern gemacht. Jugendliche werden ihrer Zukunft beraubt, immer mehr Kinder und Alte leben in Armut.

Eine neue Privatisierungswelle ist in Gang gesetzt, die alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens umfasst. Die Corona-Pandemie wird genutzt, um noch mehr und stärker öffentliches Eigentum, zum Beispiel im Gesundheits-, Bildungs- und Verkehrswesen, zu privatisieren. Viele Kommunen sind durch Sparzwang und Schuldenbremse kaum noch handlungsfähig. In der Folge verschlechtern sich die Bedingungen für Beschäftigte massiv, während die Preise für Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge steigen.

Für viele Menschen reicht es nicht mehr zum Nötigsten. Sie können zum Beispiel wegen Lohnausfällen durch Kurzarbeit Miete und Strom, Gesundheit, Bildung, Mobilität und Kultur nicht mehr bezahlen. Auch Menschen, die bisher zu den Gutverdienern gezählt wurden, geraten in der Krise finanziell unter Druck. Die Stahlindustrie droht mit dem Abbau von tausenden Arbeitsplätzen, um Subventionen zu erpressen. Die Automobilindustrie lässt sich ihren Umbau von den Beschäftigten und Steuerzahlern bezahlen. Gewinner sind die großen Banken und Konzerne. Ihre Interessen werden von den Regierenden gegen die Interessen der Mehrheit der Menschen durchgesetzt.

Die Corona-Pandemie hat noch einmal verdeutlicht, was die Beschäftigten im Kapitalismus wert sind. Millionen Menschen wurden und werden in Kurzarbeit oder in die Arbeitslosigkeit geschickt. Diejenigen, die im Gesundheits- und Bildungswesen, im öffentlichen Personennahverkehr und im Einzelhandel beklatscht wurden, werden viel zu schlecht bezahlt. Die meisten von ihnen gingen auch bei den Tarifrunden in der Krise leer aus. Die Reallöhne sinken. In vielen Bereichen der Daseinsvorsorge fehlt es an Personal, dort steigen Arbeitszeiten und Stress. Die Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen, Klinikschließungen und das Fallpauschalensystem gefährden die Gesundheit von Personal und Patienten. In den Schulen werden Kinder und Jugendliche aus armen Haushalten systematisch abgehängt, weil sich Lehrerinnen und

Der UZ SHOP



**T-Shirts • Kapuzenpullover • Fahnen
Bücher • Broschüren • Tassen
Aufkleber • CDs • DVDs • Turnbeutel
Antiquariat und vieles mehr**

uzshop.de

Lehrer nicht ausreichend um sie kümmern können und es ihnen zum Beispiel an nötiger Technik für das Home-Schooling fehlt.

- Kampf um jeden Arbeits- und Ausbildungsplatz; Für Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- Schluss mit der Privatisierung; Für die Überführung der gesamten Daseinsvorsorge in öffentliches Eigentum
- Keine Subventionen für Konzernkassen und Aktionäre – Vergesellschaftung ist die Alternative
- Für eine bedarfsgerechte Pflege und mehr Personal im Gesundheitswesen; Weg mit den Fallpauschalen
- Für mehr Lehrerinnen, Lehrer und Sozialarbeiter; Für kleinere Klassen – Weg mit dem selektiven Schulsystem
- Weg mit dem Hartz-IV-System; Für eine Rente, die ein Alter in Würde garantiert
- Verbot von Leiharbeit und prekärer Beschäftigung; Verbot von Werkverträgen, wenn sie der Aushöhlung von Normalarbeitsverträgen dienen
- Für die Millionärssteuer

**Gegen Krieg und
Hochrüstung –
Für Frieden mit
China und Russland!**

Die Bevölkerung soll sparen, aber die Ausgaben für Rüstung und Krieg steigen in diesem Land ins Uermessliche. Im Rahmen der NATO sollen sich die Rüstungsausgaben auf 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts nahezu verdoppeln.



Seit 2014 sind die Rüstungsausgaben um 40 Prozent gestiegen. Für 2021 beschloss der Bundestag einen „Verteidigungshaushalt“ von knapp 47 Milliarden Euro. Die Bundesregierung forciert die Aufrüstung der Bundeswehr und der EU, um künftig auch unabhängig von der NATO Krieg führen zu können. Es geht um Einfluss auf dem Weltmarkt, um Ressourcen, um Ausbeutung und die Unterjochung anderer Länder.

Die Hochrüstung verschlingt immense Summen, die in allen Bereichen des sozialen Lebens – für Bildung, Gesundheit, Kultur, Öffentlichen Personennah- und Fernverkehr - fehlen, und sie erhöht die Kriegsgefahr. Seit 1990, seit dem Ende des Friedensstaates DDR, beteiligt sich Deutschland aktiv an der US-geführten Regime-Change-Politik, um Länder, die sich dem Imperialismus nicht freiwillig unterordnen, gefügig zu machen. Die Mittel sind ökonomischer Druck durch Sanktionen, militärische Übergriffe und Angriffskriege.

Diese Politik wird durch das Agieren der Russische Föderation und der Volksrepublik China allerdings zunehmend erschwert. Sie sind zur Gefahr der imperialistischen Dominanz geworden. Bei wachsender Konkurrenz untereinander sind sich die Imperialisten deshalb einig in ihrem Feindbild und ihrer Herrschaftssicherung. Durch Truppenverlagerung auf dem Land und zu Wasser, das Aufkündigen von Abrüstungsverträgen und die Aufrüstung vor allem im atomaren Bereich werden Russland und die Volks-



republik China massiv bedroht. In dieser gefährlichen Zuspitzung spielen die US-Atombomben im rheinland-pfälzischen Büchel und die nukleare Teilhabe der BRD eine Schlüsselrolle.

Dafür steht das Bomberprogramm der Bundesregierung. Sie will 140 neue Bomber anschaffen, 30 davon sollen Atombomben tragen und abwerfen können.

- Runter mit der Rüstung – Das Geld für Bildung, Soziales und Gesundheit
- Alle Auslandseinsätze der Bundeswehr müssen gestoppt werden
- Stoppt das Bomberprogramm der Bundesregierung

- Deutschland muss raus aus der NATO – Die US-Atombomben müssen raus aus Deutschland – Büchel dicht machen
- Schluss mit den Sanktionen durch USA, EU und BRD - Für anti-imperialistische Solidarität!
- Frieden mit Russland und der VR China

Gegen den Abbau sozialer und demokratischer Rechte – Für Klassensolidarität!

Die massiven Angriffe auf die Arbeiterklasse, auf Kleingewerbetreibende, Kulturschaffende und unsere Daseins-

vorsorge und die Kriegspolitik müssen abgesichert werden. Protest soll unterbunden werden. Man braucht die geschlossene Heimatfront: Die Ziele der Herrschenden werden den Beherrschten als die ihren verkauft. Das passiert durch eine ideologische, nicht zuletzt antikommunistische, Offensive, die Medien, Bildung und Kultur zunehmend instrumentalisiert. Teile der Arbeiterklasse werden eingebunden, Widerstand wird diffamiert und durch den Abbau demokratischer Rechte klein gehalten.

Im Schatten der Corona-Pandemie wurden die Grundrechte auf Demonstrations- und Versammlungsfreiheit, aber auch das Streikrecht massiv beschnitten. Überwachung und Schnüffelei in sozialen Medien wurden ausgebaut, Polizeigesetze verschärft. Die Arbeit antifaschistischer und demokratischer Organisationen wie die der VVN-BdA wird erschwert bis unmög-



lich gemacht. Der Bundeswehreinsatz im Innern – zum Beispiel durch Amtshilfe in den kaputtgesparten Gesundheitsämtern – soll zur Normalität werden. Wir erleben eine umfassende Rechtsentwicklung, einen reaktionären Staatsumbau, zur Sicherung der Herrschaft der Monopole.

Die Arbeiterklasse wird jeden Tag aufs Neue von den Herrschenden gespalten. Stammebelegschaften werden gegen Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter und Kolleginnen und Kollegen mit Werkverträgen ausgespielt. Beschäftigte sollen in Erwerbslosen ihren Feind sehen, deutsche in ausländischen Kolleginnen und Kollegen; Junge gegen Alte, Männer gegen Frauen.

Dieser Spaltung müssen wir entgegenwirken. Es ist höchste Zeit, dass sich die Arbeiterklasse formiert und geeint gegen die Angriffe des Kapitals zur Wehr setzt. Dafür brauchen wir kämpferische Gewerkschaften, die die Interessen der ganzen Klasse vertreten; Gewerkschaften, die nicht nur um höhere Löhne kämpfen, sondern auch für Frieden, gegen Rassismus, Nationalismus und Faschismus und den Abbau demokratische Rechte. Wir brauchen Gewerkschaften, die die Diskussion um gesellschaftliche Alternativen führen. Die Ideologie der Sozialpartnerschaft muss zurückgedrängt werden. Dafür setzen wir uns als aktive Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter ein.



- Verteidigen wir die demokratischen Grundrechte
- Kein Bundeswehreinsatz im Innern
- Gegen den Ausbau von Überwachung und Repression
- Hände weg von der VVN-BdA, Antifaschismus ist gemeinnützig
- Für das Recht auf politischen Streik
- Klassensolidarität statt Spaltung – Es gibt keine Sozialpartnerschaft

Für den Sozialismus!

Die aktuellen Krisen des Kapitalismus sind keine Ausrutscher. Wir erleben eine allgemeine Krise des Kapitalismus, die den Eigentums- und Produktionsverhältnissen, der kapitalistischen Konkurrenz- und Profitlogik entspringt. Für Profite gehen Banken und Konzerne über Leichen. Sie vernichten unsere Arbeitsplätze und zerstören unsere Lebensverhältnisse, nicht zuletzt Umwelt und Natur. Für die Sicherung der Profite werden Kriege geführt, werden wir und andere Völker ausgebeutet, werden Flucht, Migration und der Tod Tausender verursacht. Dieser Teufelskreis kann nur durch grundlegende Veränderungen, durch Veränderungen der Eigentums- und Produktionsverhältnisse durchbrochen werden. Das Gegenmodell zum krisenhaften Ka-

pitalismus sind gesellschaftliche Planung und gesellschaftliches Eigentum. Das Gegenmodell ist der Sozialismus.

Dafür kämpft die DKP. Sie steht in der Tradition von KPD und SED. 40 Jahre lang ist es im Osten des Landes gelungen, mit der Profitlogik zu brechen, einen antifaschistischen Staat aufzubauen, der den Menschen Arbeit, Bildung, Kultur und kostenlose Gesundheitsversorgung garantiert hat. Einen Staat, von dessen Boden kein Krieg ausging. Die DDR war die größte Errungenschaft der deutschen Arbeiterbewegung. 30 Jahre Konterrevolution haben all das zunichte gemacht, haben die Menschen in der DDR in die Vergangenheit katapultiert und ihr Lebenswerk zerstört und diskreditiert. Heute gilt es aus den Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus und auch aus Fehlern zu lernen, aber es gibt keinen

unsere zeit

Sozialistische Wochenzeitung – Zeitung der DKP

Jetzt
6 Wochen
kostenlos
testen!



unsere-zeit.de | Tel.: 0201 177889-15 | Mail: abo@unsere-zeit.de

Grund, sich für diesen Friedensstaat zu entschuldigen.

Mit diesen Positionen zur Bundestagswahl hat die DKP ein Alleinstellungsmerkmal. Sie kandidiert gegen CDU/CSU, SPD, FDP, Grüne und AfD. Sie stellt auch eine Alternative zur Partei

**DKP wählen –
Aktiv werden –
Für unsere Rechte
kämpfen!**

„Die Linke“ dar, die ihre Positionen nicht zuletzt in der Friedenspolitik zunehmend aufweicht und immer stärker auf Parlamentarismus und das Mitregieren orientiert. Der Sozialismus als gesellschaftliche Alternative zum Kapitalismus steht nicht mehr auf der Agenda der Linkspartei.

Eine Stimme für die DKP ist eine klare Aussage für eine radikal fortschrittliche Politik. Die DKP kandidiert zu den Wahlen, um ihre Positionen zu verbreiten und um mehr Menschen für den anti-monopolistischen Kampf, den Kampf gegen die Macht der Banken und Konzerne und für die Interessen der Mehrheit der Menschen zu mobilisieren. Dieser Kampf wird in erster Linie auf der Straße und nicht allein in Parlamenten geführt. Deshalb sind wir aktiv in Kommunen, Gewerkschaften und Betrieben.

Wir kandidieren, um den Menschen in diesem Land die Möglichkeit zu geben, ihre Stimme gegen Krieg und Kapitalismus abzugeben. Wir kandidieren auch, um unsere Organisation, die Kommunistische Partei in diesem Land, zu stärken. Sie wird gebraucht. Unterstützt uns, die Kommunistinnen und Kommunisten!

Ich möchte:

- ☐ weitere Informationen über die DKP
- ☐ Kontakt zu einer DKP-Gruppe in meiner Nähe
- ☐ Mitglied der DKP werden
- ☐ die UZ, Zeitung der DKP, kostenlos zur Probe lesen



Name

Vorname

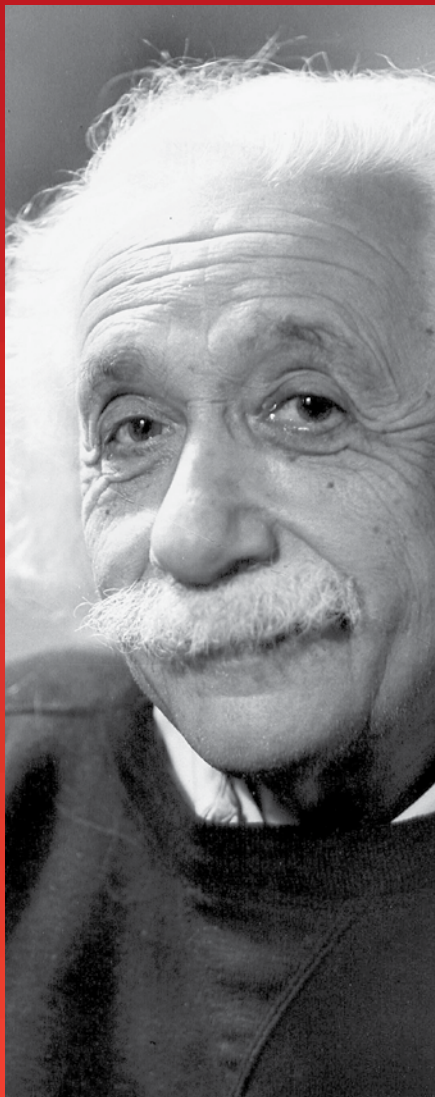
Straße, Hausnr.

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

Zurück an: DKP . Hoffnungstraße 18 . 45127 Essen . Tel.: 0201 - 17 78 89 0 . E-Mail: pv@dkp.de



Warum Sozialismus?

„Die Produktion ist für den Profit da - nicht für den Bedarf. Es gibt keine Vorsorge dafür, dass all jene, die zu arbeiten fähig und bereit sind, immer Arbeit finden können. Es gibt fast immer ein ‚Heer von Arbeitslosen‘. Der Arbeiter lebt dauernd in der Angst, seinen Job zu verlieren. (...) Technologischer Fortschritt führt häufig zu mehr Arbeitslosigkeit statt zu einer Milderung der Last der Arbeit für alle. Das Gewinnmotiv ist in Verbindung mit der Konkurrenz zwischen den Kapitalisten für Instabilität (...) verantwortlich. (..) Unbegrenzte Konkurrenz führt zu einer riesigen Verschwendung von Arbeit und zur Lähmung des sozialen Bewusstseins von Individuen (...).

Diese Lähmung des Individuums halte ich für das größte Übel des Kapitalismus. Unser ganzes Bildungssystem leidet darunter. Dem Studenten wird ein übertriebenes Konkurrenzstreben eingetrichtert und er wird dazu ausgebildet, raffgierigen Erfolg als Vorbereitung für seine zukünftige Karriere anzusehen.

Ich bin davon überzeugt, dass es nur einen Weg gibt, diese Übel loszuwerden, nämlich die Errichtung eines sozialistischen Wirtschaftssystems, begleitet von einem Bildungssystem, das sich an sozialen Zielen orientiert. In solch einer Wirtschaft gehören die Produktionsmittel der Gesellschaft selbst und ihr Gebrauch wird geplant.“

Albert Einstein, „Warum Sozialismus“,
Monthly Review, 1949

Wer den Wahlantritt der DKP mit einer Unterschrift unterstützen oder uns im Wahlkampf helfen möchte findet hier weitere Informationen und die Unterschriftenformulare: www.dkp.de/wahlen

dkp.de

DKP
Deutsche Kommunistische Partei